

Wahlauf Ruf der FDP-NRW zur Landtagswahl am 13. Mai 2012

Lieber neue Wahlen als neue Schulden

Am 13. Mai entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die zukünftige Richtung der Politik in Nordrhein-Westfalen. Die FDP hat mit ihrem geschlossenen Nein zum Schuldenhaushalt die rot-grüne Minderheitsregierung zu Fall gebracht. Wir haben damit unsere Haltung verdeutlicht und unsere Glaubwürdigkeit unter Beweis gestellt. Die FDP stellt sich lieber neuen Wahlen, als eine Finanzplanung mitzutragen, die die Verschuldung unseres Landes weiter forciert. Diese Politik der weiteren Verschuldung legt die Zukunft unserer Kinder in Ketten und steuert auf einen anhaltenden Verfassungsbruch zu.

Die FDP will einen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen. Wir setzen auf eine Politik, die Nordrhein-Westfalen aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte befreit. SPD und Grüne haben auf Pump Wahlgewinne finanziert. Sie haben das als „gute Schulden“ für vorsorgende Politik verklärt. Dieses Konzept ist nicht nur in Griechenland gescheitert. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen daher mehr ernsthafte Verantwortung für die Zukunft. Die FDP-NRW steht für eine klare Haltung: Politik ist nur in dem Rahmen möglich, den die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlaubt.

Am 13. Mai entscheiden die Bürgerinnen und Bürger auch darüber, ob die Freiheit mit der FDP weiterhin eine parlamentarische Stimme haben wird. Nordrhein-Westfalen braucht eine Freiheitspartei, sonst bleiben Staatsgläubige, Umverteiler und Bevormunder unter sich.

Für die FDP-NRW bedeutet Freiheit nicht Beliebigkeit. Wir wollen Freiheit ermöglichen, um Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Wir treten ein für Selbstbestimmung statt staatlicher Gängelung, für faire Chancen statt verordneter Wohltaten, für Individualität statt Gleichmacherei, für Leistungsbereitschaft statt Bequemlichkeit.

Mit dieser Haltung bewerben wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern als notwendiges Korrektiv zu allen anderen Parteien.

Sofortiger Schuldenabbau statt weiterer Neuverschuldung

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und Steuererhöhungen haben SPD und Grüne die Neuverschuldung weiter in die Höhe getrieben. Das Einhalten der Schuldenbremse und ein ausgeglichener Haushalt im Jahre 2020 sind ohne konsequentes Umsteuern gar nicht mehr möglich.

Die FDP tritt dafür ein, mit diesem Umsteuern sofort zu beginnen. Als erster Schritt müssen die Steuerermehreinnahmen konsequent zum Schuldenabbau verwendet werden. Sämtliche Staatsaufgaben und Staatsausgaben müssen auf Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden. Dies gilt insbesondere für rot-grüne Förderprogramme. Statt der von SPD und Grünen seit 2010 bereits eingeführten zusätzlichen 2.000 Stellen in der Landesverwaltung müssen überflüssige Stellen abgebaut werden. Die Verwaltung ist insgesamt deutlich zu straffen. Die FDP tritt dafür ein, dass dabei die Möglichkeiten des E-Government konsequenter genutzt werden. Staatseigene NRW-Betriebe müssen überprüft und nach Möglichkeit privatisiert werden.

Politik muss auch bei sich selbst sparen. Darum hat die FDP in NRW die von CDU, SPD und Grünen gemeinsam im Landtag beschlossene außerordentliche Erhöhung der Diäten um 500 Euro abgelehnt und den Verzicht auf eine weitere, noch für dieses Jahr vorgesehene Diätenerhöhung gefordert. Darüber hinaus tritt die FDP für veränderte Pensionsregelungen für Minister ein.

Um dem Schuldenabbau die notwendige Verbindlichkeit zu verleihen, will die FDP die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. Verstöße gegen diese Schuldenbremse müssen konsequent geahndet werden.

Mit der gleichen Konsequenz tritt die FDP für den Schuldenabbau in den Kommunen ein. Ein erster wichtiger Schritt war hier die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund. Unter Beteiligung der

FDP hat die Bundesregierung die NRW-Kommunen um etwa eine Milliarde Euro im Jahr entlastet. Weitere Entlastungen müssen folgen.

Im Land hat sich die FDP am kommunalen Stärkungspakt beteiligt, der notleidenden Kommunen unter harten Sparauflagen Konsolidierungshilfen gewährt. Die FDP will dieses Programm fortentwickeln, allerdings ohne die von SPD und Grünen geplante Zwangsabgabe anderer Kommunen. Ziel der FDP ist es, kommunale Strukturen moderner und effizienter zu gestalten. Dazu können intelligente IT-Lösungen, verbesserte interkommunale Zusammenarbeit und mehr öffentlich-private Partnerschaften beitragen. Um unseren Kommunen langfristig eine planungssichere Grundlage zu verschaffen, setzen wir uns für eine Gemeindefinanzreform ein, die den Kommunen dauerhaft verlässliche Einnahmen ermöglicht.

Dynamischer Standort statt bürokratischen Stillstand

Die Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens und damit Millionen Arbeitsplätze leben sowohl von einer starken und leistungsfähigen Industrie als auch vom Mittelstand mit seinen 763.000 kleinen und mittleren Betrieben. Damit das so bleibt, braucht unser Land eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Nordrhein-Westfalen muss wieder ein dynamischer Standort werden. Denn SPD und Grüne haben mit falschen Entscheidungen die Weichen in Richtung Stillstand gestellt. Gerade der Mittelstand wurde mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben unnötig belastet. Durch den Aufbau zusätzlicher Bürokratie wie etwa im Vergaberecht wird Wachstum gebremst. Kleine und mittlere Unternehmen werden vor Ort gefährdet, wenn städtische Betriebe mit ihnen in Konkurrenz treten.

Die FDP kämpft dafür, dass sich Nordrhein-Westfalen von diesen Wachstumsfesseln befreit. Denn der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Dies hat nicht nur, aber besonders deutlich das Desaster der WestLB gezeigt. Wir wollen einen erfolgreichen Mittelstand statt staatseigener Konkurrenz-Betriebe, wir wollen Bürokratie abschaffen und das Vergaberecht vereinfachen. Wir wollen durch den dauerhaften Verzicht auf Steuererhöhungen Investitionssicherheit stärken.

Die FDP steht zum Mittelstand, weil er das Rückgrat unserer Gesellschaft ist und den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze ermöglicht. Im Umfeld der neuen Medien wächst der „digitale Mittelstand“. Die FDP-NRW will dieser aufstrebenden Branche, die mit ihren Innovationen neues Wachstum und Arbeitsplätze schafft, optimale Rahmenbedingungen ermöglichen. Dazu gehört auch eine umfassende Breitband-Internetversorgung, die es für Unternehmen attraktiv macht, auch im ländlichen Raum zu investieren.

Bezahlbare Energie statt teurer Ideologie

Ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen braucht bezahlbare und sichere Energie. Darum will die FDP die Energiewende in NRW vernünftig gestalten. Die ideologische Blockadepolitik von SPD und Grünen muss überwunden werden. Die FDP setzt sich für einen umfassenden Netzausbau ein. Die hervorragende Forschung nordrhein-westfälischer Universitäten etwa bei der Speichertechnik muss weiter intensiv unterstützt werden. Der Bau hochmoderner Gas- und Kohlekraftwerke ist unverzichtbar, da die erneuerbaren Energien allein auf längere Zeit eine schwankungsfreie Energieversorgung nicht herstellen können. So darf etwa das Kraftwerk in Datteln nicht länger von SPD und Grünen blockiert werden. Das modernste Steinkohlekraftwerk Europas muss so schnell wie möglich realisiert werden. Bleibt es bei einer Bauruine, ist die Bahnstrom-Versorgung in NRW ebenso gefährdet wie der geplante Beitrag des Kraftwerks zum Klimaschutz.

Um zukünftig den Netzausbau und andere Großprojekte zügiger umsetzen zu können, schlägt die FDP vor, eine umfassende Bürgerbeteiligung bereits vor dem Planfeststellungsverfahren zu ermöglichen und dafür das Verfahren selbst deutlich zu straffen.

SPD und Grüne setzen auf Ideologie. Sie haben ein planwirtschaftliches Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht, das Mittelstand und Industrie belastet, ohne dass damit ein substantieller Beitrag zum Klimaschutz erreicht wird. SPD und Grüne blockieren die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Diese Ideologie will die FDP überwinden. Denn gerade in der Energieeinsparung sehen wir ein großes Potenzial. Zudem setzt sich die FDP dafür ein, die Solarförderung auch weiterhin an sinkende Anlagepreise anzupassen. Die

Verbraucher sollen endlich vom technischen Fortschritt der Photovoltaik profitieren statt überhöhte Profite von Investoren zu finanzieren. Denn hohe Energiekosten belasten nicht allein die Industrie, sondern alle Bürger. Das trifft vor allem Menschen mit geringem Einkommen besonders hart.

Mobilität ermöglichen statt im Stau ersticken

Zu einer freien und dynamischen Gesellschaft gehört Mobilität. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass sie ihre wertvolle Zeit nicht im Stau vergeuden. Auch für viele mittelständische Unternehmen sind die Staus in Nordrhein-Westfalen eine steigende Belastung, die Wachstumschancen und Arbeitsplätze gefährden. Obwohl der Verkehr in NRW weiter dramatisch anwächst, ist der Neu- und Ausbau von Straßen unter Rot-Grün nahezu zum Erliegen gekommen. Umgehungsstraßen und Lückenschlüsse fallen einer ideologischen Blockadepolitik zum Opfer. Die FDP setzt sich für einen bedarfsgerechten Ausbau des Straßennetzes, notwendigen Spurenausbau und die zügigere Umsetzung von Baustellen ein. Diese Maßnahmen verringern Staus, entlasten die Anwohner chronisch verstopfter Ortslagen und schonen durch Verringerung von Abgasen die Umwelt. Statt des von den Grünen geforderten einheitlichen Tempolimits von 120 km/h für ganz NRW setzt die FDP auf intelligente Verkehrsleitsysteme, die zu fließendem Verkehr beitragen.

Auch der Schienenpersonenverkehr bedarf der umfassenden Modernisierung. Züge sind überwiegend überfüllt, oftmals verspätet oder fallen aus. Diesen Missständen hat Rot-Grün tatenlos zugesehen. Die FDP will die Qualität des öffentlichen Verkehrs umfassend erhöhen. Dies ist nur möglich, wenn es einen fairen Wettbewerb unter den Anbietern und größere Freiräume für unternehmerische Initiativen gibt und Verkehrsleistungen konsequent ausgeschrieben werden. Das bedeutendste Eisenbahnprojekt NRWs, der Rhein-Ruhr-Express muss so schnell wie möglich realisiert werden, um erhebliche Verbesserungen im Schienenverkehr zu ermöglichen.

Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Drehkreuz für Industrie und Handel in Europa. Um trotz der stark ansteigenden Verkehrsmengen Arbeitsplätze und Wachstum langfristig zu sichern, braucht der Logistikstandort Nordrhein-Westfalen eine optimale Anbindung an die Seehäfen in den Niederlanden und Belgien. Dafür müssen insbesondere die Schienengüterverkehrsverbindungen ausgebaut werden.

Beste Bildung für jeden statt Mittelmaß für alle

NRW muss enorm an Tempo zulegen, um den Rechtsanspruch auf Betreuung für unter 3-Jährige 2013 zu erfüllen. Das muss unser Mindestziel sein. Rot-Grün hat durch falsche Prioritätensetzung die Erreichung dieses Ziels massiv gefährdet. Wir setzen den Ausbau U3 wieder ganz oben auf die Agenda. Für frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Kinder sind unsere Zukunft. Neben Liebe, Geborgenheit und Anerkennung brauchen sie beste Bildung, um sich im Leben selbstbestimmt und frei entfalten zu können. Darum legt die FDP besonderen Wert auf frühkindliche Bildung. Mit der Einführung verbindlicher Sprachtests und Sprachförderung hat die FDP in ihrer Regierungsbeteiligung für mehr Chancen aller Kinder gesorgt. Gleichzeitig sind heute erste positive Entwicklungen beim Unterrichtsniveau in Grundschulen erkennbar. Dieser Kurs muss fortgesetzt und die Sprachförderung durch verbindliche Curricula optimiert werden. Um Kinder angemessen auf das Leben im Medienzeitalter vorzubereiten, soll kindgerechte Medienerziehung bereits bei der frühkindlichen Bildung beginnen.

Die FDP will den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertageseinrichtungen forcieren und die Qualität der Einrichtungen weiter steigern. Dies hat für uns zunächst Vorrang vor weiterer Beitragsfreiheit. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) muss mit Blick auf seine Praxistauglichkeit verbessert werden. Die FDP nimmt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst und wird sich für eine flexiblere Gestaltung der Betreuungszeiten einsetzen.

Die FDP will beste individuelle Förderung für jedes Kind, statt Mittelmaß für alle. Dies gilt für unsere Grundschulen, aber gerade auch für weiterführende Schulen. Leistungsdifferenzierung und die damit verbundene individuelle Förderung der Schüler stellen daher unverrückbare Pfeiler eines liberalen

Bildungssystems dar. Der von CDU, SPD und Grünen getroffene Schulkonsens hat die Qualitätsdefizite in weiterführenden Schulen nicht beseitigt. Im Gegenteil: Durch die einseitige Privilegierung von Gesamt- und Sekundarschulen gegenüber Gymnasien und Realschulen werden diese Schulformen mittelfristig ausgehöhlt und in ihrer Existenz gefährdet. Nordrhein-Westfalen braucht aber starke Gymnasien. Das Gymnasium darf nicht sterben, sondern muss durch Gleichberechtigung bei Klassengrößen und Ausstattung in seiner Qualität erhalten bleiben. Mit mehr finanzieller, organisatorischer und pädagogischer Freiheit wollen wir in allen Schulen neue Kräfte freisetzen, um bessere Lernerfolge unserer Kinder zu ermöglichen. Denn wir brauchen die besten Lehrer, kleinere Klassen und optimale Ausstattung unserer Schulen. Die dafür notwendigen Entscheidungen sollen in den Schulen vor Ort getroffen werden und nicht in der Ministerialbürokratie.

Kinder mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft. Darum bekennt sich die FDP zur Inklusion und der verstärkten Integration von Kindern mit Behinderungen in allgemeine Schulen. Die FDP warnt jedoch davor, Förderschulen mit ihrer besonderen pädagogischen Kompetenz abzuschaffen. Kinder mit erheblichen Behinderungen dürfen nicht unbedacht in auf ihre Behinderungen unvorbereitete Schulen verwiesen werden. Wir fordern mehr gemeinsame Aktivitäten von Regel- und Förderschulen und ausreichende Unterstützung und Hilfen für alle Schulen und Schüler. Wir wollen prüfen, ob vorhandene Förderschulen auch für andere Schüler geöffnet werden können. So würde Inklusion von zwei Seiten möglich.

Das Niveau unserer Hochschulen in NRW hat in zwei Jahren Rot-Grün gelitten. Durch das Verbot von Studienbeiträgen und den fehlenden Ausgleich für die Universitäten mussten zahlreiche Angebote für Studierende gestrichen werden. Wenn wir das akademische Niveau unserer Hochschulen erhalten und verbessern wollen, müssen auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden.

Die Hochschulautonomie droht unter SPD und Grünen komplett rückabgewickelt zu werden. Politische Einflussnahme soll die Freiheit von Wissenschaft und Forschung begrenzen. Dieser Gängelung setzt die FDP das klare Bekenntnis zu Hochschulfreiheit, bester Qualität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschullandschaft entgegen.

Der Fachkräftemangel ist in NRW bereits erkennbar. Nicht nur deshalb ist neben einer gut ausgebauten Hochschulausbildung die berufliche Ausbildung ebenso wichtig und darf nicht zweitrangig sein. Neben der Notwendigkeit von praxisorientierten Berufsschulen müssen außerdem duale Studiengänge noch stärker gefördert werden.

So wie wir uns für die individuelle Förderung von lernschwächeren Kindern einsetzen, so fordern wir auch eine konsequente Förderung von Hochbegabten in Schule und Hochschule. Herausragende Talente schaffen neue Innovationen, die der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen. Darum wollen wir weiterhin die Hochschulen bei der Umsetzung des Bundesstipendienprogramms unterstützen.

Offene und freie Gesellschaft statt Bevormundung

Als Partei der Freiheit tritt die FDP für eine offene Gesellschaft ein, in der der Staat Regeln setzt, aber die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebensführung in Ruhe lässt.

Gleichzeitig muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit frei entfalten können – unabhängig etwa von Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen die Bedürfnisse von Senioren stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Die Bevölkerung in NRW wird jedoch nicht nur älter, sondern auch bunter. Die FDP steht für eine Willkommenskultur, die Menschen nicht nach Herkunft oder religiösem Bekenntnis beurteilt. Wir wollen im Gegenteil mehr gesellschaftliche Teilhabe durch Chancengerechtigkeit und bürgerschaftliches Engagement im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Integration kann aber nur gelingen, wenn umgekehrt Integrationsbereitschaft besteht. Wir erwarten die Bereitschaft zum Erlernen unserer Sprache und zum Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts sowie die unbedingte Achtung unserer Gesetze. Wer unsere Rechtsordnung nicht achtet oder gar verachtet, kann nicht Teil unserer offenen Gesellschaft sein.

Für alle Menschen, ob jung oder alt, Einheimischer oder Zugezogener gilt der liberale Grundsatz: Der Staat darf nicht Zensor der persönlichen Lebensführung sein.

Darum verteidigt die FDP die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen eine immer stärker werdende Bevormundungspolitik im Alltag. Denn die anderen Parteien diskutieren immer weitere Verbote und Beschränkungen: Es beginnt mit generellem Tempolimit, absolutem Rauchverbot, Verbot von Heizpilzen und Plastiktüten, Verbot von Motorrollern und Stand-by-Schaltern an Elektrogeräten, Verbot von Grillen in der Öffentlichkeit und setzt sich fort mit kuriosen Vorschlägen bis hin zum Fleischverbot in Kindertagesstätten. Die FDP will keine Verbots-gesellschaft, sondern eine Gesellschaft freier Bürger.

Als Partei der Freiheit hat die FDP liberale Öffnungszeiten erkämpft. Rot-Grün will stattdessen wieder feste Ladenschlusszeiten einführen. Jeden Tag entscheiden die Menschen mit ihrem Einkaufsverhalten, wann die Läden öffnen. Denn kein Geschäft öffnet dauerhaft länger als es seine Kunden wünschen. Diese tägliche Volksentscheidung ignorieren SPD und Grüne und wollen den Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorstellung von sinnvollen Einkaufszeiten vorschreiben. Die FDP wird hingegen die geltenden Öffnungszeiten konsequent verteidigen.

Die FDP hat im Landtag die Initiative ergriffen, die verpflichtende Dichtheitsprüfung für private Abwasserkanäle in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Eine generelle Pflicht zur Überprüfung von Hausanschlüssen ist weder ökologisch sinnvoll noch ökonomisch vertretbar. SPD und Grüne stellen Hauseigentümer unter Generalverdacht. Die FDP widersetzt sich dieser Gängelung und wird im neu gewählten Landtag ihren Gesetzentwurf zur Abschaffung der Dichtheitsprüfung umgehend wieder zur Abstimmung vorlegen.

Die FDP setzt sich anders als die rot-grüne Landesregierung für die Bürgerrechte ein. Wir wollen nicht, dass von allen Menschen ohne Anlass ein halbes Jahr lang gespeichert wird, mit wem sie wann und wie lange telefoniert haben und wer ihnen eine SMS oder E-Mail geschickt hat und wann und welche Internetseiten sie besucht haben. Wir wollen bestehende Gesetze konsequent durchsetzen statt immer neue Gesetze zu schaffen.

Der Staat kann und darf nicht alles regeln. Damit das so bleibt, braucht Nordrhein-Westfalen eine starke Partei der Freiheit im Parlament. NRW braucht eine starke FDP.

Am 13. Mai haben Sie die Wahl:

Für eine Politik des Schuldenabbaus, die NRW wieder handlungsfähig macht.

Für eine Wirtschaftspolitik, die sich zu Mittelstand und Industriestandort bekennt.

Für eine Energiepolitik, die Energie bezahlbar und sicher macht.

Für eine Verkehrspolitik, die wieder Mobilität herstellt.

Für eine Bildungspolitik, die jedes Kind individuell fördert statt alle gleich machen zu wollen.

Für eine Freiheitspolitik, die den Bürger in Ruhe lässt, aber nicht im Stich.

Für Nordrhein-Westfalen - Das ist meine FDP!